

Die Schweiz in Europa – eine erstrangige Partnerin

September 2021



Gemeinsame Ziele und Werte

Die Schweiz ist eine verlässliche Partnerin in Europa. Als engagiertes Mitglied des Europarats, der OSZE und der OECD setzt sich die Schweiz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Stabilität und Wohlstand in Europa und der Welt ein.

Die Schweiz hat eine starke und enge Beziehung zur EU und ihren Mitgliedstaaten. Die EU hat mit der Schweiz über 100 Abkommen abgeschlossen, mehr als mit jedem anderen Drittstaat. Diese umfassen eine Vielzahl relevanter Politikbereiche wie den Binnenmarkt (Freihandel, Personenfreizügigkeit), die innere Sicherheit und Asyl (Schengen/Dublin), Verkehr (Land- und Luftverkehr), steuerliche Zusammenarbeit, Forschung, Umwelt, Statistik etc.

Die Schweiz verfolgt eine langjährige **Entwicklungszusammenarbeit** mit den osteuropäischen Ländern und den Balkanländern ausserhalb der EU (knapp 3 Mrd. CHF für Westbalkan-Staaten seit 1995). Zudem hat sie mit dem **Erweiterungsbeitrag** von 1.3 Milliarden EUR zur Verminderung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU zahlreiche Projekte in den 13 seit 2004 der EU beigetretenen Mitgliedstaaten umgesetzt. Die Schweiz beabsichtigt, dieses Engagement mit einem zweiten Schweizer Beitrag im gleichen Umfang mit den Schwerpunktthemen Berufsbildung und Migration weiterzuführen. Der Bundesrat wird sich beim Schweizer Parlament für eine rasche Freigabe der derzeit unter Vorbehalt stehenden Kredite einsetzen.

Angesichts der Herausforderungen im **Migrationsbereich** zeigt sich die Schweiz solidarisch mit ihren europäischen Partnern. Sie setzt sich im Rahmen der Dublin-Reform für eine faire Lastenverteilung zwischen den Staaten und somit für eine ganzheitliche und nachhaltige europäische Migrationspolitik ein. Während der Migrationskrise 2015/16 beteiligte sich die Schweiz freiwillig an den Umsiedlungs- und Neuansiedlungsmechanismen der EU. Sie leistet auch auf bilateraler Ebene Hilfe, beispielsweise indem sie Griechenland jüngst mit Projekten, humanitären Hilfsgütern, der Entsendung von Spezialist/innen und der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden unterstützte. Zudem beteiligt sich die Schweiz finanziell sowie personell am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) und leistete einen freiwilligen Beitrag von 5 Millionen CHF an den «*EU Emergency Trust Fund for Africa*».

Die Schweiz trägt zur Förderung von **Frieden, Stabilität und Sicherheit in Europa** bei, bspw. indem sie sich regelmässig an EU und OSZE-Wahlbeobachtungsmmissionen beteiligt. Sie unterstützt friedensfördernde Missionen der EU in Kosovo (EULEX) und in der Sahel-Region (EUCAP Mali) mit zivilen Experten sowie mit über 20 Armeeangehörigen in Bosnien-Herzegowina (EUFOR Althea). Geplant ist auch eine Beteiligung an der zivilen EU-Mission im Irak (EUAM Irak). Zudem sind gegen 200 Schweizer Armeeangehörige in der NATO KFOR in Kosovo und fünf als zivile Entsendungen an die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine im Einsatz.

Die Schweiz leistet zwischen Konfliktparteien **Gute Dienste**, sei es in Form von Mediationen (Dialog Belgrad-Pristina), als Gaststaat von Verhandlungen (z.B. Iran/JCPOA, Zypern-Gespräche), durch die Unterstützung von laufenden Friedensprozessen (z.B. Berlin Prozess zu Libyen) oder – auf der Grundlage von Schutzmandaten - durch die Vertretung der Interessen von Staaten, die keine diplomatischen Beziehungen unterhalten (z.B. Georgien/Russland).

Generell stimmt die Schweiz ihre **Aussenpolitik** mit der Aussenpolitik der EU ab. Sie unterstützt die Sanktionspolitik der EU im Grundsatz und arbeitet auf internationaler Ebene insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Politik sowie Menschenrechts- und Friedenspolitik eng mit der EU und ihren Mitgliedstaaten zusammen.

Enge und intensive Beziehungen

Die Schweiz gehört zu den **wichtigsten Wirtschaftspartnern** der EU-27¹:

- **Warenhandel:** Die Schweiz war 2020 die **viertwichtigste Partnerin** der EU hinter China, den USA und dem UK mit einem Anteil von ca. 7% am gesamten EU-Aussenhandel. Pro Arbeitstag werden zwischen der EU und der Schweiz Waren im Wert von rund 1 Mrd. CHF gehandelt.² 2020 erwirtschaftete die EU einen Handelsbilanzüberschuss von ca. 34 Mrd. EUR.
- **Dienstleistungshandel:** Die Schweiz war 2020 die **drittwichtigste Partnerin** der EU hinter den USA und dem UK mit einem Anteil von ca. 9.5% am EU-Dienstleistungshandel bzw. einem Dienstleistungshandelsvolumen von rund 160 Mrd. EUR.
- **Investitionen:** Die Schweiz war 2019 nach den USA und dem UK die **drittwichtigste Investorin** in der EU-27 mit Direktinvestitionen von über 700 Mrd. EUR (mehr als 10% der gesamten Direktinvestitionen von ausserhalb der EU). Gleichzeitig liegt die Schweiz hinsichtlich Investitionen aus der EU mit 969 Mrd. EUR auf dem dritten Rang.

Die **Arbeitsmärkte** sind eng verflochten: 1,4 Mio. EU/EFTA-Bürger/innen leben bzw. arbeiten in der Schweiz, das entspricht ca. 16% der Schweizer Gesamtbevölkerung von über 8,5 Mio. Insgesamt 7.2% aller EU-28/EFTA-Bürger/innen im EU-28/EFTA-Raum, die nicht in ihrem Heimatstaat leben, haben ihren Wohnsitz in der Schweiz. Dazu kommen über 340'000 Grenzgänger/innen aus der EU sowie jährlich über 200'000 meldepflichtige Personen aus dem EU/EFTA-Raum. Umgekehrt leben bzw. arbeiten rund eine halbe Million Schweizer/innen in der EU, was rund 57% aller Auslandschweizer/innen ausmacht.

Die Schweiz erhöhte mit dem Bau der **Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT)** die Transportkapazitäten für den reibungslosen Handel im europäischen Binnenmarkt und setzt dafür rund 23 Mrd. EUR ein. Der Gotthard-Basistunnel, ein wichtiger Bestandteil dieses Alpenkorridors, ist der längste Eisenbahntunnel der Welt. Seit Mitte Dezember 2020 ist die NEAT mit der Inbetriebnahme des Ceneri-Basistunnels vollendet. Für den Ausbau der Lötschberg-Simplon-Achse auf italienischer Seite steuert die Schweiz bis 2028 rund 148 Mio. CHF bei.

Die Schweiz und die EU verbindet auch eine langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich **Forschung und Innovation**. So strebt der Bundesrat eine Vollasoziiierung an der nächsten Generation der EU-Programme im Bereich Forschung und Innovation und damit am gesamten Horizon Paket (*Horizon Europe*, Euratom, ITER und DEP) an. Zudem sind 40% des akademischen Personals an Schweizer Universitäten EU-Bürger/innen.³

Im Rahmen ihrer Assoziierung an **Schengen/Dublin** setzt sich die Schweiz für gemeinsame europäische Lösungen in den Bereichen Sicherheit und Migration sowie für eine glaubwürdige Asylpolitik auf europäischer Ebene ein. Sie beteiligt sich aktiv an Instrumenten zur Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung sowie an den konzertierten Massnahmen zum Schutz der Schengen-Aussengrenze und zur Verbesserung der Rückkehr.

Enge Partnerschaft bewährt sich in der COVID-19 Krise

Die enge Zusammenarbeit mit der EU und den EU-Staaten sowie der rasche **Einbezug der Schweiz in das EU-Krisendispositiv** haben sich als wichtige Faktoren zur Bewältigung der COVID-19 Krise erwiesen. Dabei hat sich die Bedeutung der bilateralen Vertragsbasis Schweiz-EU für beide Seiten bestätigt (u.a. für die Versorgungs- und Patientensicherheit).

Zu den **Unterstützungsleistungen** der Schweiz beim Krisenmanagement gehörten Repatriierungsflüge, die Übernahme von Patient/innen, die Lieferung von medizinischer Ausrüstung bspw. an Italien oder die Unterstützung von Griechenland mit humanitärer Hilfe für Migrant/innen und Flüchtlinge.

¹ Quelle: Eurostat, 02.06.2021.

² Quelle: basierend auf Swiss-Impex.

³ Hochschulpersonalerhebung des BFS für das Jahr 2019.

Fortsetzung der bilateralen Zusammenarbeit

Am 26. Mai 2021 entschied der Bundesrat nach einer gesamtheitlichen Beurteilung, das Institutionelle Abkommen (InstA) mit der EU, welches zum Ziel gehabt hätte, institutionelle Mechanismen (dynamische Rechtsentwicklung, einheitliche Rechtsauslegung, Überwachung der Anwendung der Abkommen, Regelung der Streitbeilegung) in Bezug auf die bilateralen Marktzugangsabkommen zu etablieren, nicht zu unterzeichnen. Trotz intensiv geführter Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU konnte aus Schweizer Sicht keine ausreichende Annäherung erreicht werden. Es verblieben substantielle **Differenzen**, insbesondere im politisch sensiblen Bereich der Personenfreizügigkeit, konkret in den Fragen betreffend Lohnschutz sowie Unionsbürgerrichtlinie (UBRL). Zufriedenstellende Lösungen gerade in diesen Punkten waren aber unabdingbar für die ausreichende innenpolitische Unterstützung in der Schweiz. Der Abschluss eines Abkommens, das anschliessend im Parlament bzw. in einer sehr wahrscheinlichen Volksabstimmung abgelehnt würde, hätte die Beziehungen Schweiz-EU längerfristig belastet, was nicht in unserem beidseitigen Interesse sein kann. Deswegen wurden diese Verhandlungen beendet.

Auch ohne InstA bleibt die Schweiz eine **zuverlässige und engagierte Partnerin** der EU. Der Bundesrat möchte diese für beide Seiten vorteilhafte und bewährte Partnerschaft mit der EU fortsetzen. Bestehende Abkommen sollten dabei vollumfänglich angewandt und im Falle relevanter Weiterentwicklungen des EU-Rechts aktualisiert werden. Ebenso sollte die Schweiz in Bezug auf die Beteiligung an EU-Programmen sowie in Bezug auf Äquivalenzentscheidungen der EU nicht schlechter gestellt werden als andere Drittstaaten.

Im Rahmen eines **politischen Dialoges** könnte die breite thematische Palette der bilateralen Zusammenarbeit auf Umsetzungsprobleme sowie Entwicklungspotential überprüft werden. In diesem Rahmen könnten mit der EU auch konkrete Probleme gelöst werden, um ein möglichst reibungsloses Funktionieren der bilateralen Verträge zu gewährleisten.

Insbesondere soll die Kooperationen im **Gesundheits- und Strombereich** fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Dadurch würde das gemeinsame Anliegen der Versorgungssicherheit und Netzstabilität in einem liberalisierten Umfeld in Europa gefördert. Und auch eine Beteiligung der Schweiz an den EU-Frühwarnsystemen im Gesundheitsbereich sowie am Europäischen Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) – Instrumente der europäischen Zusammenarbeit, die sich in der COVID-19-Krise bewährt haben – wäre im beidseitigen Interesse.